

Auch die Gemeinden bangen um ihre Betriebe

In einem dringenden Appell an die Bündner Regierung fordern Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten finanzielle Soforthilfe für Unternehmen. Die Lage sei ernst, sagen sie.

von Pierina Hassler

Der Schritt ist ausserordentlich: Insgesamt 16 Bündner Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten fordern die Regierung in einem Schreiben, das dieser Zeitung vorliegt, auf, für eine finanzielle Abfederung der Corona-Ausfälle der Wirtschaft zu sorgen. Es brauche dringend ein umfassendes Paket, schreiben sie. Und das zusätzlich zu den schon bestehenden Unterstützungen.

Besonders betroffene Branchen und Betriebe müssten jetzt unkomplizierte und ausreichende Finanzhilfen erhalten, und dies à Fonds perdu. Damit sollen die Ausfälle während des gesamten zweiten Lockdown fair entschädigt werden können. «Das gilt auch – oder umso dringlicher – für den Fall, dass der Bund erneut die Betroffenen nicht unterstützen wird», so die 16 Politikerinnen und Politiker. «Eine rasche und klare Kommunikation über die Abwicklung der bestehenden und zusätzlichen Hilfen ist dabei entscheidend.»

Eine ernste Lage

Das Schreiben haben Yvonne Altmann (Arosa), Luzi C. Schutz (Bergün Filisur), Elita Florin-Calouri (Bonaduz), Urs Marti (Chur), Philipp Wilhelm (Davos), René Epp (Disentis/Mustér), Erich Kohler (Domat/Ems), Martin Hug (Flims), Hansueli Roth (Klosters), Franz Gschwend (Laax), Sepp Föhn (Landquart), Nora Saratz Cazin (Pontresina), Christian Fanzun (Scul), Christian Jott Jenny (St. Moritz), Leo Thomann (Surses) und Aron Moser (Vaz/Obervaz) unterschrieben.

Der Davoser Landammann Philipp Wilhelm hat die Aktion koordiniert. Er sagt: «Im Hinblick auf anstehende Entscheide über weitere Massnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Krise sehen wir uns verpflichtet, mit dem Schreiben ein Stimmungsbild aus unseren Gemeinden zu geben.» Denn die Lage sei ernst.

«In unseren Gemeinden zeigen sich die gravierenden wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie im-



Appell: Diese 16 Gemeindepräsidenten bitten die Regierung um finanzielle Soforthilfe.

mer deutlicher. Und sie werden immer akuter», so die 16 Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten. Seit Wochen und Monaten seien diverse Unternehmen, Institutionen, Freischaffende und Angestellte von ernst zu nehmenden finanziellen Einbussen betroffen. Besonders stark treffe es Veranstalter und natürlich die

«Es drohen Konkurse und damit verbundene Jobverluste.»

Gastronomie, welche zwar Mieten und Pachten zahlen müsse, aber keine Einnahmen erwirtschaften dürfe. Die Politikerinnen und Politiker stellen in ihrem Schreiben klar, dass immer mehr Betriebe, Organisationen und Selbstständige an die Grenzen ihrer wirtschaftlichen Existenz stossen. «Es ist darum zentral, dass nun die angefallenen und noch anstehenden Ausfälle rasch, unkompliziert und fair entschädigt werden.»

Drohende Konkurse

Trotz der Sorgen bedanken sich die Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten aber auch bei der Regierung für die Bemühungen in der Bekämpfung der Pandemie. Gleiches gelte auch für die Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsakteuren. «So konnte etwa der Bergbahnbetrieb pandemiegerecht aufrecht erhalten werden.»

Nichtsdestotrotz würden allen betroffenen Betrieben ohne Gegenmassnahmen immer mehr Reserven und damit auch das Investitionskapital entzogen, welches der Wirtschaft in den kommenden Jahren fehlen werde. «Es drohen Konkurse und damit verbundene Jobverluste.» Seit Wochen versuche der Kanton, finanzielle Hilfen mit dem Bund zu koordinieren – oder dem Bund Hilfen abzurufen, so die 16 Präsidenten der grossen Gemeinden. Sie würden dies begrüssen und unterstützen. «Es braucht jetzt aber akute Schritte. Die Wirtschaft benötigt jetzt Unterstützung.» Und genau aus diesen Gründen habe man sich für einen solchen dringlichen Appell entschieden.

Impfwillige können sich anmelden

Ab heute sind Anmeldungen für die Covid-Impfung in Graubünden möglich – allerdings nicht für alle.

In einem ersten Schritt können sich in Graubünden Menschen im Alter über 75 Jahren sowie Erwachsene mit chronischen Krankheiten gegen Covid-19 impfen lassen. Das schreibt der Kanton in einer Medienmitteilung. Geimpft würden Personen, welche beispielsweise an bestimmten schweren Formen von Angina pectoris, arterieller Hypertonie, Atemwegserkrankungen, Niereninsuffizienz, Diabetes mellitus, Adipositas oder Immundefizienz leiden würden. Diese beiden Personengruppen können sich ab heute, 10 Uhr, online unter www.gr.ch/impfung oder telefonisch unter 0812541600 zur Impfung anmelden.

In den Regionen geimpft

Die Zielgruppen werden nach ihrer Anmeldung und je nach Verfügbarkeit des Impfstoffs in den Regionalspitälern Davos, Ilanz, Poschiavo, Schiers, Scuol und Thusis sowie in Zentren in Cama, Chur und St. Moritz geimpft. Die Impfungen werden voraussichtlich Ende Januar beginnen, wie der Kanton weiter schreibt. Die Impfberatungen nehmen die Hausärztinnen und Hausärzte vor. Sobald ein entsprechender Impfstoff vorliege, könnten auch diese Impfungen anbieten, schreibt der Kanton weiter.

Personen, welche zu einer der beiden Zielgruppen gehören, erhalten nach ihrer Registrierung einen Termin vom jeweiligen Impfzentrum. Eine freie Terminwahl besteht nicht, wie es in der Mitteilung heisst. Für die Online-Anmeldungen würden die Krankensicherungskarte und eine Mobiltelefonnummer benötigt.

Es bleibt bei April

Wer nicht zu einer der beiden Zielgruppen gehört, muss sich laut dem Kanton voraussichtlich bis April gedulden müssen, um sich für eine Impfung anzumelden. Personen, welche ein positives Corona-Testergebnis erhalten haben, sollten sich zudem erst drei Monate nach ihrer Genesung impfen lassen. Nicht impfen lassen sollten sich Menschen mit einer Allergie auf einen der Inhaltsstoffe der Impfung und Schwangere. (red)

ANZEIGE

GKB Anlage-Fokus

Blaue Welle erleichtert den Umbruch

Daniel Lüchinger



Was für ein Start ins neue Jahr! Joe Biden wurde letzten Mittwoch trotz der gewaltsamen Stürmung des Kapitols als nächster Präsident der USA bestätigt. Die Stichwahlen für den US-Senat im Bundesstaat Georgia wurden von diesem Chaos überschattet. Die Demokraten feierten einen historischen Doppelsieg und kontrollieren nun mit der Mehrheit im Senat, im Repräsentantenhaus und dem Präsidentenamt alle drei Machtzentren der USA. Diese Situation wird als «blaue Welle» bezeichnet. Diese

Ausgangslage macht den Amtsantritt für Joe Biden deutlich einfacher.

Was bedeutet die «blaue Welle» für die Entwicklung der Finanzmärkte? Mit der Kontrolle über den Senat wird der neue Präsident Joe Biden seine Wirtschaftspolitik besser umsetzen können. Dies hat vor allem drei wichtige Auswirkungen auf die Finanzmärkte. Erstens setzt Biden einen klaren Fokus auf nachhaltiges Wachstum. Damit könnten Anlagethemen wie beispielsweise erneuerbare Energien trotz des zuletzt starken Anstiegs weiter an Bedeutung gewinnen. Zweitens wird es eine stärkere staatliche Unterstützung durch Fiskalpakete geben, um die Folgen der Pandemie abzufedern. Zusammen mit einer voranschreitenden, erfolgreichen Impfkampagne zur Eindämmung von Covid-19 wird die wirtschaftliche Normalisierung so be-

schleunigt werden. Und drittens entwickeln sich Aktien in der Regel in einem Umfeld von positivem Wachstum und anziehender Inflation sehr gut.

Angst vor der «blauen Welle» kam an den Finanzmärkten indes nicht auf. Aufgrund der knappen Mehrheitsverhältnisse, insbesondere im Senat, ist nicht davon auszugehen, dass der neue US-Präsident eine wirtschaftspolitisch problematische Agenda umsetzen wird.

Die Zinsen bleiben auch im neuen Jahr von den Nachwehen der Corona-

«Der konstruktive Ausblick begünstigt zyklische Anlagen.»

krise und der zweiten Welle der Pandemie geprägt. Die expansiven Massnahmen der bedeutenden Zentralbanken zur Ankurbelung der Wirtschaft werden weitergeführt und reichen mindestens bis ins Jahr 2022. Längerfristig werden die höheren Schulden, das höhere Wachstum und auch die steigende Inflation zu steigenden Zinsen führen. In diesem Umfeld sollten sich Aktien besser entwickeln als Obligationen. Der grösste Belastungsfaktor für die Aktienmärkte bleibt die Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Entwicklung durch die Corona-Pandemie. Der Durchbruch an der Impfstofffront verbessert allerdings die makroökonomische Perspektive und damit auch die Ausichten für Aktien. Bessere Unternehmensergebnisse werden die Aktienmärkte unterstützen und mögliche Bewertungskorrekturen ausgleichen.

* Daniel Lüchinger, Leiter Research und Anlagentechnik bei der Graubündner Kantonalbank gkb.ch/investieren

Eine Kooperation mit der Graubündner Kantonalbank